

Menschenhandel und Zwangsarbeit als globale Herausforderung für die Internationale Arbeitsorganisation und ihre Decent Work Agenda

Stefanie A. Wahl

„Denke daran: Als du in Ägypten ein Sklave, eine Sklavin warst ...“ (Dtn 5,15) – mahnt das Deuteronomium und verkündet im Folgenden das Gebot der Sabbatruhe. Was hier eingeführt wird, ist eine Sozialgesetzgebung, die mit Erinnerung an die Erfahrung von Unterdrückung und Versklavung in Ägypten Partei für den arbeitenden Menschen ergreift und ihn vor Ausbeutung und Unfreiheit schützen soll. Die Lebens- und Arbeitswirklichkeit einer zunehmenden Anzahl von Menschen ist heute ebenfalls von Unterdrückung und Unfreiheit gekennzeichnet. Betroffene von Menschenhandel und Zwangsarbeit erleben sklavenähnliche Zustände und unterliegen massiven Ausbeutungsstrukturen. Wie können Menschen aus solchen Strukturen befreit und vor ihnen geschützt werden? Auf internationaler Ebene agiert unter anderem die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization* - ILO), die sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen einsetzt. Um dies leisten zu können, heißt es aber zuerst sich mit der Lebens- und Arbeitsrealität der Menschen auseinanderzusetzen. Immer häufiger ist diese geprägt durch menschenunwürdige Formen von Arbeit. Prekäre Beschäftigungsformen, hohe Arbeitslosigkeit, Entgrenzung und Flexibilisierung von Arbeit sind die Trends auf dem weltweiten Arbeitsmarkt, aber auch Formen von Zwangsarbeit und Sklaverei nehmen zu und repräsentieren ein wachsendes Defizit an menschenwürdiger Arbeit weltweit. Dies veranlasste die ILO, sich 1999 eine neue Agenda zu geben mit dem Ziel, menschenwürdige Arbeit für alle zu gewährleisten. Mit dieser Agenda ist die ILO nicht nur ein wichtiger Akteur auf der internationalen Ebene, sondern kann zu einem wichtigen Partner für Kirchen und christliche Organisationen im Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit werden. Im Folgenden gilt es, Inhalte und Ziele der *Decent Work Agenda* genauer zu analysieren.

Menschenhandel und Zwangsarbeit als Defizit an menschenwürdiger Arbeit

Stefanie A.
Wahl

Ausgangspunkt der *Decent Work Agenda* der ILO ist der Kampf gegen das wachsende Defizit an menschenwürdiger Arbeit, *Decent Work Deficit* genannt. Das *Decent Work Deficit* ist der Versuch der ILO, die Entwicklungen auf dem globalen Arbeitsmarkt zu beschreiben und messbar zu machen. Ein Beispiel für das Defizit ist die Ausbreitung von informeller Arbeit, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Industrienationen hingegen kämpfen vor allem gegen die Ausdehnung des Niedriglohnsektors und die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse. „Decent work deficits take the form of unemployment and underemployment, poor quality and unproductive jobs, unsafe work and insecure income, rights that are denied and gender inequality“, so die Definition der ILO auf ihrer Website. Die Analyse des weltweiten Defizits an menschenwürdiger Arbeit durch die ILO hat ergeben, dass ca. ein Drittel des globalen Arbeitskräftepotenzials arbeitslos oder unterbeschäftigt ist, es immer wieder zu gravierenden Verstößen gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit kommt, der gewerkschaftliche Organisationsgrad immer weiter zurückgeht und im Zuge dessen die Anzahl an tarifvertraglichen Regelungen ebenfalls sinkt. Zwangsarbeit und Kinderarbeit nehmen stetig zu, und Frauen werden im Erwerbsleben häufig benachteiligt. Schließlich verfügen 90 Prozent der Erwerbsbevölkerung über keine oder nur ungenügende soziale Sicherung bzw. soziale Schutzrechte.

Unter den genannten Problemfeldern stellen Zwangs- und Kinderarbeit die extremsten Ausbeutungsformen dar, da in beiden Fällen die Betroffenen jegliche Verfügungs- und Entscheidungsfreiheit verlieren und einer ökonomischen Ausbeutung unterworfen sind. Zwangsarbeit wurde von der ILO 1930 definiert als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“ (Konvention Nr. 29 Artikel 2 (1)). Später ergänzte man, dass Zwangsarbeit niemals „a) als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung oder als Strafe gegenüber Personen, die gewisse politische Ansichten haben oder äußern oder die ihre ideologische Gegnerschaft gegen die bestehende politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung bekunden; b) Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung; c) als Maßnahme der Arbeitsdisziplin; d) als Strafe für die Teilnahme an Streiks; e) als Maßnahme rassistischer, sozialer, nationaler oder religiöser Diskriminierung“ (Konvention Nr. 105 Artikel 1) eingesetzt werden darf. Die ILO vertritt damit insgesamt eine sehr enge Auslegung von Zwangsarbeit, um Zwangsarbeit von schlechten Arbeitsbedingungen oder fehlenden Beschäftigungsalternativen zu unterscheiden. Für sie stellt Zwangsarbeit eine schwere Menschenrechtsverletzung dar und ist immer mit der Einschränkung menschlicher Freiheit verbunden. Insgesamt, so stellt die ILO in ihrem Report zur Zwangsarbeit aus dem Jahre 2005 fest, befinden sich weltweit 12,3 Millionen Menschen

in Zwangsarbeitsverhältnissen. Die ILO verweist dabei auf einen engen Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit, Kinderarbeit, illegaler Migration und Menschenhandel. Menschenhandel selbst taucht bei Beschreibung des Defizits an menschenwürdiger Arbeit direkt nicht auf, ist aber aufgrund seines Zusammenhangs mit der Zwangsarbeit ebenso zu berücksichtigen.

Menschenhandel stellt, wie Zwangsarbeit auch, eine der extremsten Formen von Ausbeutung dar und wird von den Vereinten Nationen im sogenannten Palermo-Protokoll definiert als „die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen der Nötigung, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat, zum Zweck der Ausbeutung“ (Artikel 3a). Diese Ausbeutung erfolgt in ökonomischer, sexueller und emotionaler Form und ist vor allem dadurch möglich, dass aufgrund der Verletzbarkeit und Alternativlosigkeit der Opfer, die meist ohne Dokumente in ein fremdes Land gebracht werden, sie sich so in Prostitution, Zwangsarbeit, Sklaverei oder Leibeigenschaft ergeben.

Dass Menschenhandel ein lohnendes Geschäft ist, zeigt der jährliche Profit, der bei ca. 31 Milliarden Dollar weltweit liegt und rund 2,44 Millionen Opfer hat. Primäre Ursache von Menschenhandel sind wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Herkunfts- und Zielländern oder große innergesellschaftliche Ungleichgewichte. Kimberley A. McCabe¹ benennt insgesamt sechs Gründe, die den Menschenhandel zu einem florierenden Geschäft machen und Menschen in die Zwangsarbeit zwingen: *wirtschaftliche Ungleichgewichte und große Armut* (1) treiben Menschen immer wieder in die Hände von Menschenhändlern. Der Traum von einem besseren Leben für sich selbst und die Familie gelten als Hauptmotivation, auch von illegalen MigrantInnen. Des Weiteren führt McCabe die *hohe Nachfrage nach billigen Arbeitskräften* (2) an. Billige oder gar kostenfreie Arbeitskräfte steigern den Profit und werden vor allem in globalen Produktionsketten eingesetzt. Außerdem steige immer mehr die *Nachfrage im Bereich der Prostitution* (3), die neben ökonomischer Ausbeutung auch sexuelle und emotionale Ausbeutung der Opfer bedeutet und zu 98 Prozent Mädchen und Frauen betrifft. Weiter führt sie als Gründe für das vermehrte Aufkommen von Menschenhandel *das geringe Risiko der Aufdeckung* (4) und damit der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung an. Da die Betroffenen selbst oft rechtlos sind, da sie als „Menschen ohne Papiere“ gelten, geht von ihnen kaum Gefahr für die Täter aus. Die Betroffenen sind außerdem häufig mit dem Vorurteil belastet, *sich freiwillig entschieden zu haben* (5), in das Land „geschmuggelt“ zu werden, und sie werden daher oft selbst zu Tätern gemacht. Als letzten Punkt führt McCabe die *Rolle des organisierten Verbrechens* (6) an. Die Vereinten Nationen beispielsweise greifen das Thema Menschenhandel im Kontext der Bekämpfung des organisierten Verbrechens auf. Nur durch eine feinmaschige Organisationsstruktur ist Menschenhandel in großem Stil überhaupt möglich. Erleichtert wurde die Tätigkeit der Menschen-

händler durch verbesserte und vereinfachte Kommunikations- und Transportmöglichkeiten.

Der Kampf gegen solche Ausbeutungsstrukturen erfordert eine entsprechende Strategie. Es handelt sich dabei nicht nur um Probleme von einzelnen Ländern, sondern hat in allen Belangen eine globale Dimension. Diese drückt sich bezüglich Zwangsarbeit und Menschenhandel unter anderem durch die Migrationsbewegung der Opfer aus. Herkunftsland und Zielland sind involviert, ebenso Transitländer. Es bedarf also einer globalen Agenda, die sich den Problemen stellt. Die *Decent Work Agenda* der ILO ist ein Versuch, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die Globalisierung fair zu gestalten.

Die Decent Work Agenda und ihre Ziele

Die *Decent Work Agenda* ist die Antwort der ILO auf die beschriebenen Entwicklungen. 1999 formuliert der Generalsekretär der ILO Juan Somavia als oberstes Ziel der Organisation die Förderung von Möglichkeiten, „die Frauen und Männern eine menschenwürdige und produktive Arbeit in Freiheit und Würde und unter gleichen Bedingungen bieten“². Die ILO begreift Arbeit als ein kennzeichnendes Merkmal für die menschliche Existenz. Arbeit dient zunächst der Existenzsicherung, ist aber auch identitätsbildend für den einzelnen Menschen. Arbeit ist außerdem wichtig für die „Entscheidungsfreiheit des Einzelnen, die Wohlfahrt von Familien und die Stabilität von Gesellschaften“³. Bei der Forderung nach menschenwürdiger Arbeit geht es also um mehr als einen Job und eine entsprechende Entlohnung. Es geht auch um Anerkennung in und durch die Arbeit. Die ILO verfolgt damit einen anerkennungstheoretischen Ansatz, wie ihn Axel Honneth vertritt.

Ausgangspunkt von Honneths Anerkennungstheorie ist die Annahme, dass „Erfahrungen von Anerkennung die intersubjektive Voraussetzung der menschlichen Identitätsentwicklung [sind], die es dem Menschen ermöglichen, sich als gleichberechtigtes und zugleich einzigartiges Mitglied einer Gesellschaft zu begreifen“⁴. In seiner Analyse beruft sich Honneth auf Hegel und Mead und benennt drei Stufen der Subjektbildung bzw. drei Dimensionen von Anerkennung: (1) Liebe bzw. Freundschaft, (2) kognitive Achtung und Rechte sowie (3) soziale Wertschätzung und Solidarität. Kommt es zu einer Verletzung der „impliziten Regeln der wechselseitigen Anerkennung“⁵, so wird diese zu einer Unrechtserfahrung und

Stefanie A. Wahl hat einen Magisterabschluss in Politikwissenschaften und Katholischer Theologie (Goethe-Universität Frankfurt) und absolvierte erfolgreich das internationale Masterprogramm Labour Policies and Globalization (Universität Kassel/HWR Berlin) im Rahmen der Global Labour University. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Moraltheologie/ Sozialethik am Fachbereich Katholische Theologie der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitet an ihrer Promotion zum Thema Decent Work. Anschrift: Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Fachbereich Katholische Theologie, Theologische Ethik, 60629 Frankfurt am Main. E-Mail: S.Wahl@em.uni-frankfurt.de.

kann zur Motivation für Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung werden und ist als Kampf um angemessene soziale Anerkennung zu verstehen. Eine anerkenntnistheoretische Soziologie der Arbeit hat Stephan Voswinkel⁶ vorgelegt. Die anerkenntnistheoretische Arbeitssoziologie ist dabei zu unterscheiden von einer Arbeitssoziologie des Interesses, die aus der marxistischen Tradition hervorgeht und vor allem den Warencharakter der Arbeit und den daraus entstehend Klassen- bzw. Interessenkonflikt in den Blick nimmt. Voswinkel betont trotz der Dominanz der ökonomischen Dimension die Notwendigkeit einer Anerkennungsdimension: „Aber weil die Arbeitskraft zwar ohne die Person angemietet, nicht aber ohne sie eingesetzt werden kann, spielt die Persönlichkeit des Arbeitnehmers eben doch eine Rolle bei der Produktion.“ Basierend auf einer historischen Analyse von Anerkennungskämpfen der Arbeiterschaft, beispielsweise während der Industrialisierung, die zur Entstehung von Gewerkschaften, also Repräsentationsorganisationen, führte, benennt er zwei Modi der Anerkennung: Bewunderung und Würdigung in der Arbeit, d.h. „Anerkennung von Kompetenz und Erfolg einerseits, Bemühung, Dienst und Opfer andererseits“. Eine Einordnung in Honneths dreidimensionalem Modell könnte folgendermaßen aussehen: auf Ebene (1) spielt die Anerkennung von Arbeit keine Rolle. Auf der Ebene (2) der kognitiven Achtung und Rechte bringt die Etablierung von Menschen-, Bürger und Sozialrechten und die Gewährleistung von Gleichbehandlung und Partizipationsmöglichkeiten entsprechende gesellschaftliche Anerkennung. Auf der Ebene (3) der sozialen Wertschätzung und Würdigung gehören die Zahlung von Löhnen, Rechte am Arbeitsplatz, aber auch Reputation und Prestige dazu. Eine Agenda, die sich anerkenntnistheoretisch ausrichtet, sollte diese oder ähnliche Forderungen beinhalten.

Die vier Prämissen bzw. zentralen Ziele der Agenda zeigen, dass die *Decent Work Agenda* genau dies versucht. Die erste Prämisse beinhaltet die Förderung der Rechte bei der Arbeit und meint konkret die Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit, den Kampf gegen Diskriminierung und für Vereinigungsfreiheit. Angestrebt wird eine Ratifizierung der entsprechenden Übereinkommen - wie der ILO-Konventionen 29 und 105 gegen Zwangsarbeit oder der Konventionen 138 und 182, die jeweils für die Eliminierung von Kinderarbeit stehen - durch alle Mitgliedstaaten.

Durch Schutzrechte gewährleistet eine Gesellschaft kognitive Achtung. Die Vereinigungsfreiheit eröffnet Partizipationsmöglichkeiten und ist ebenso wie der Grundsatz der Gleichbehandlung auf der Ebene der Rechte einzuordnen. Als weiteren wichtigen Baustein für mehr menschenwürdige Arbeit sieht die ILO die Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten mit dem Ziel, produktive und einträgliche Arbeit durch Wachstum und mit dem Ziel der Vollbeschäftigung zu fördern. Durch das Schaffen von einträglichen Arbeitsplätzen sollen außerdem strukturelle Ungleichheiten beseitigt werden. Beschäftigung soll allen Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen ermöglicht werden. Die Forderung geht einher mit dem von den Vereinten Nationen formulierten Menschenrecht auf Arbeit. Auf gesellschaftlicher Ebene wird damit kognitive Achtung hergestellt.

An dritter Stelle schließt sich die Prämisse der Förderung von Sozial- und Arbeitsschutz an. Mit der Ausweitung des sozialen Schutzes meint die ILO die Gewährleistung von medizinischer Versorgung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, im Alter, bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfällen, Mutterschutz, Invalidenschutz, wie in Konvention 102 formuliert. Des Weiteren soll die Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme nach westlichem Vorbild strukturelle Ungleichheiten bekämpfen. Sozialrechte lassen sich auf der gesellschaftlichen Ebene der kognitiven Achtung einordnen. Die vierte Prämisse fordert die Etablierung von sozialem Dialog. Es ist eine traditionelle Forderung der ILO und spiegelt den Glauben an den Erfolg ihrer eigenen Struktur wider. Als dreigliedrige Organisation, die sich aus Vertretern der Mitgliedsstaaten, Unternehmervertretern und Arbeitnehmervertretern zusammensetzt, möchte die ILO das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie fördern. Der soziale Dialog lässt sich als eine bedeutende Partizipationsmöglichkeit und damit auf der Ebene der Rechte einordnen.

Eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel?

Extreme Ausbeutungsformen wie Zwangsarbeit und Menschenhandel bedürfen entsprechender Gegenmaßnahmen. Eine Agenda für menschenwürdige Arbeit kann nur die Abschaffung dieser Form der Arbeit zum Ziel haben. Für den Kampf gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel scheint die *Decent Work Agenda* entsprechend ausgerichtet zu sein. Zumindest greift sie inhaltlich gleich in der ersten Prämisse das Thema Zwangsarbeit auf. Ein Ergebnis der Agenda ist das Strategiepapier *Eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit*, indem die ILO sich deutlich dazu bekennt, sich aktiv dem Kampf gegen Zwangsarbeit zu stellen. Von Beginn an verweist das Papier immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit und Menschenhandel. Menschenhandel wird zum einen als „neuer Zug“ der Zwangsarbeit verstanden, zum anderen ist von der Zwangsarbeitsdimension des Menschenhandels die Rede. Trotz der Unklarheiten bezüglich des Verhältnisses von Menschenhandel und Zwangsarbeit möchte man in erster Linie durch die Zusammenführung beider Begriffe einen neuen Weg in der Bekämpfung beider Phänomene erreichen. Nach Petra Follmar-Otto und Heike Rabe⁷ könnte die Einführung des Begriffs „Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ zu „einer Perspektivverschiebung motivieren und ein Ansatzpunkt sein [...], um das Thema Menschenhandel mehr mit dem Fokus auf die Verletzung von Arbeitsrechten zu verknüpfen“. Damit richtet sich der Blick nämlich auf die nationalen und internationalen Arbeitsmärkte und macht das Thema besser adressier- und platzierbar. Auch die Möglichkeit, Allianzen und Interessengemeinschaften zu initiieren, erhöht sich. Entsprechend appelliert die ILO für „eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit“, bestehend aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften, Unternehmen und den Staaten.

Mithilfe solcher Allianzen und Bündnisse möchte die ILO sich um „Probleme-

wusstsein, Datenerfassung, Prävention, Ermittlung und Schutz von Opfern, Gesetzesvollzug und Rückführung und Rehabilitation von Opfern“⁸ kümmern. Viele konkrete Vorschläge enthält das Papier leider nicht, sondern fordert auf der Basis der nun vorliegenden Daten, Aktionspläne zu entwickeln. Das Papier zeigt vor allem empirische Ergebnisse zum Thema Zwangsarbeit – wie Mindestschätzungen zur Zwangsarbeit oder regionale Verteilungen – sowie Zusammenhänge zwischen Zwangsarbeit und Staat, Zwangsarbeit und Armut, Zwangsarbeit und Menschenhandel auf. Für die nationale Agenda schlägt die ILO unter anderem die Etablierung von Rehabilitierungsprogrammen für Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit vor. Nachdem bisher vor allem eine Sensibilisierung für das Thema in den Herkunftsländern stattgefunden habe, müssen nun die Industrieländer entsprechende Aufklärungsprogramme initiieren, die dann auch präventiv wirken könnten. Auf globaler Ebene geht es der ILO vor allem um die Veranstaltung von Fachtagungen, die zur Strategieentwicklung genutzt werden könnten. Bündnisse wie die OSZE, Finanz- und Entwicklungsorganisationen sollen ebenso teilnehmen wie Gewerkschaften, Unternehmer oder zivilgesellschaftliche Vertreter und Akademiker.

Des Weiteren betont das Papier die besondere Rolle der Globalisierung für die Ausbreitung von Menschenhandel und Zwangsarbeit. Dort heißt es: „Der Menschenhandel ist vielleicht das flagranteste Versagen von Gesellschaft und Arbeitsmarkt im Kontext der aktuellen Globalisierung.“ Es prangert sowohl das Versagen der Arbeitsmärkte also auch die für die ArbeitnehmerInnen weltweit schlechten Globalisierungstendenzen an, die sich aus steigendem Wettbewerbsdruck und Deregulierungen ergeben. Damit spricht die ILO ein Problem an, dem sich die Agenda selbst nicht stellt. Sie möchte zwar zu einer fairen Gestaltung der Globalisierung beitragen, stellt aber die Strukturmerkmale des freien Marktes nicht in Frage. Hier zeigt sich aber auch, dass es nicht nur um Anerkennungskämpfe geht, sondern auch um die Behebung von strukturellen Problemen. Wirtschaftliche Ungleichheiten, die oft Armut und Perspektivlosigkeit bedeuten, sollen innerhalb der Agenda durch Beschäftigungsförderung und Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden. Doch Wirtschaftswachstum wie auch Arbeitsplätze sind begrenzt. Wissenschaftler wie Jeremy Rifkin oder Ulrich Beck⁹ rufen das „Ende der Arbeit“ bzw. das Ende der Vollbeschäftigung aus. Doch gerade diese sind zentrale Bestandteile und Ziele der Agenda. Ebenso die Forderung nach der Etablierung von wohlfahrtsstaatlichen Systemen, die nur durch eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Jens Lerche¹⁰ sieht die globale Allianz auch mit einem kritischen Blick und hält die Analyse der ILO für beschränkt, da sie eben keine direkte Kritik am Kapitalismus übe und damit die strukturellen Ursachen nicht entsprechend adressiere. Mit der oben erwähnten Perspektivverschiebung könnte ein Schritt in die richtige Richtung erfolgt sein. Denn mit der Öffnung der Problemfelder wird es den Organisationen erleichtert, ausbeuterische Strukturen in ihrer Gänze aufzuzeigen und auch selbst zu erkennen und zu beschreiben.

Die *Decent Work Agenda* der ILO offenbart im Kampf gegen Zwangsarbeit und

Menschenhandel Stärken und Schwächen. Auf der einen Seite versucht sie durch ihre Wissensfunktion die Grundlage für globale, regionale und nationale Aktionspläne zu legen, wirkt mit ihrem Aufruf und ohne konkrete Vorschläge aber sehr passiv. Anstatt sich in die Führungsposition einer möglichen Allianz zu begeben, überlässt sie anderen Akteuren das Feld. Die ILO kritisiert massiv die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt, benennt auch die Ursachen, aber hält sich auch hier mit konstruktiver Kritik zurück. Stattdessen beschwört sie Vollbeschäftigung und Wachstum, welche gerade beim Anblick der von ihr vorgelegten Daten weiter denn je entfernt zu sein scheint.

Eine Chance bietet aus meiner Sicht die Zusammenführung von Menschenhandel und Zwangsarbeit und die Adressierung des Themas als Problem von nationalen, regionalen und globalen Arbeitsmärkten. Hier eröffnen sich Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Ziele und Prämissen der Agenda, beispielsweise bezüglich der Forderung nach Beschäftigungsförderung.

Insgesamt stellt die *Decent Work Agenda* der Internationalen Arbeitsorganisation einen Versuch dar, sich der Problematik von Menschenhandel und Zwangsarbeit weltweit zu stellen und für die Opfer bzw. Betroffenen einzutreten. Auch für Kirchen und christliche Organisationen bietet die Agenda damit ein entsprechendes Aktionsfeld. Die ILO selbst ist auf Allianzen mit anderen, in erster Linie zivilgesellschaftlichen Akteuren angewiesen, da sie nur über bestimmte und begrenzte Ressourcen verfügt. Im Kampf gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel könnten die Kirchen beispielsweise ihre lokalen, nationalen und internationalen Strukturen für die Ausführung der Aktionspläne zur Verfügung stellen und diese verbreiten. Die gezielte Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der ILO könnte einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit leisten und würde einer christlichen Praxis der Befreiung entsprechen, die nicht zuletzt aus der vorangestellten Exoduserfahrung hervorgeht, der Franz Segbers folgende Bedeutung zuschreibt: „Die biblische Erinnerung an Ägypten hält zu einer entsprechenden Praxis der Befreiung um Humanität und Würde der Arbeit willen an. Doch dass diese Entwicklung sich anbahnt, geschieht nicht von selbst, sondern verlangt eine Politik aus dem Ethos des Exodus.“¹¹

¹ Vgl. Kimberly A. McCabe, *The Trafficking of Persons. National and International Responses*, New York 2008, 12 ff.

² Vgl. Internationales Arbeitsamt (IAA), *Menschenwürdige Arbeit. Bericht des Generaldirektors zur 87. Internationalen Arbeitskonferenz*, Genf 1999.

³ IAA, *Das Defizit an menschenwürdiger Arbeit verringern - eine globale Herausforderung*, Genf 2001, 7.

⁴ Gottfried Schweiger/Michael Pleitler, *Unkämpfte Arbeit - unkämpftes Leben. Kampf um Anerkennung im Kontext der Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit*, in: Gottfried Schweiger/Bernd Brandl, *Der Kampf um Arbeit. Dimensionen und Perspektiven*, Wiesbaden 2010, 338.

⁵ Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt 1992, 241.

⁶ Vgl. Stephan Voswinkel, *Anerkennung und Reputation. Die Dramaturgie industrieller Beziehungen*. Mit einer Fallstudie zum „Bündnis für Arbeit“, Konstanz 2001, 281 ff.

⁷ Petra Follmar-Otto/Heike Rabe, *Menschenhandel in Deutschland. Die Menschenrechte der Betroffenen stärken*, Berlin 2009, 64.

⁸ IAA, *Eine globale Allianz gegen Zwangsarbeit. Gesamtbericht im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit*, Genf 2005, 81.

⁹ Vgl. Ulrich Beck, *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt am Main 2007.

¹⁰ Vgl. Jens Lerche, *A Global Alliance Against Forced Labour? Unfree Labour, Neo-liberal Globalization and the International Labour Organization*, in: *Journal of Agrarian Change* 7 (2007/4), 430.

¹¹ Franz Segbers, „Erinnere dich daran, dass du selbst ein Sklave, eine Skalvin in Ägypten warst ...“ (Dtn 5,15). *Biblische Impulse für Humanität in der Arbeit*, in: Johannes Rehm/Hans G. Ulrich, *Menschenrecht auf Arbeit? Sozialethische Perspektiven*, Stuttgart 2009, 37.

Metaphorische Ekklesiologie

Antworten des Glaubens auf die Zwangsprostitution

Agnes M. Brazal

Seit neutestamentlicher Zeit ist die Kirche in der Sprache der Symbole mit Hilfe einer Vielzahl von Bildern und Metaphern dargestellt worden.¹ Metaphorische Sprache ist gewichtig: Sie versucht, eine Sache mittels einer anderen Sache zu begreifen, die bekannter ist oder sich stärker an die Umgangssprache anlehnt. Dadurch wird die erste Sache besser verständlich oder ist leichter zu erschließen. Allerdings „gehört zu den Metaphern auch immer das Flüstern: ‚Es ist, und es ist auch nicht‘.“² Metaphern können die Gemeinsamkeiten einer Sache mit einer anderen wirkungsvoll hervorheben, aber in anderer Hinsicht können sie auch begrenzt sein.

Tugendethiker weisen darauf hin, dass „jeder Wahl eine Vorstellung zugrundeliegt“³. Unsere Reaktion auf die Wirklichkeit wird dadurch geprägt, wie wir die Wirklichkeit sehen und uns zu ihr ins Verhältnis setzen. Dies unterstreicht die Verbindung zwischen metaphorischer Ekklesiologie und Ethik. Manche Metaphern oder Vorstellungen von uns selbst als Gemeinschaften ermöglichen es uns, mit den Herausforderungen, vor die wir gestellt sind, konstruktiver umzugehen.

Dieser Beitrag beleuchtet drei gängige Bilder der Kirche. Sie scheinen einige Angebote oder Reaktionen von Glaubenseinrichtungen auf die Zwangsprostitution von Frauen oder Mädchen zu stützen, wobei es hier schwerpunktmäßig um die Philippinen geht. Diese Bilder werden hinsichtlich ihrer Sicht auf die verschleppten Frauen untersucht, im Blick auf das Verhältnis der Kirche zur